Erscheint wöchentlich 4 Mal: **Dienstag** und **Freitag früh**, **Mittwoch** und **Sonnabend Mittag**. Pränumerations=Preis für Einheimische 18 Sgr., mit Botenlohn 19 Sgr.; Auswärtige zahlen bei den Königl. Post=Anstalten 21 Sgr. 3 Pf.

Insertionen werden bis **Montag** und **Donnerstag Abends** 5 **Uhr**, **Mittwoch** und **Sonnabend** bis **Vormittags** 10 **Uhr** in der Expedition angenommen, und kostet die einspaltige Corpus=Zeile oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Thorner Wochenblatt.

№ 73. **Freitag, den 10. Mai.** 1867

Landtag.

(Schluß z. v. N.)

Der von dem Abg. Waldeck 2c. eingebrachte Antrag, betr. die Ablehnung der Verfassung lautet:

„Das Haus der Abgg. wolle beschließen, zu erklären: In Erwägung, daß der zur Führung Deutschlands berufene preuß. Staat schon vor dem Bestehen der Verfassung von 1850 eine einheitliche Gesetzgebung und Verwaltung durch geordnete Staatsministerien besaß; daß seit dem Bestehen der Verfassung dem preuß. Volke die (Tit. 2 der preuß. Verfassung aufgezählten) Grundrechte, die verfassungsmäßige Betheiligung seiner Vertreter an der Gesetzgebung, insbesondere das Recht zur entscheidenden Beschlußfassung über den Staatshaushalts=Etat und die Bewilligung von Steuern, somit eine Einwirkung auf die gesammte Staatsverwaltung; eine einheitliche Executive durch ein verantwortliches Ministerium; gesichert und alle diese Rechte als unantastbare unter den Schutz des von preußischen Königen, Beamten und Volksvertretern zu leistenden Verfassungs=Eides gestellt sind; daß die neu erworbenen Provinzen sich zwar noch nicht in dem Besitze dieser Verfassung befinden, aber ein durch die Ges. v. 20. Sept. und 24. Dec. 1866 verbrieftes Recht auf die ungeschmälerte Einführung derselben am 1. Oct. 1867 besitzen; in Erwägung, daß diese Güter und Rechte eines Staates und Volkes von 25 Millionen nicht beseitigt oder gefährdet werden dürfen durch ein Bündniß dieses Staates mit 21 kleineren deutschen Staaten von einer Gesammtbevölkerung von 5 Millionen, welche ohnehin in das Machtgebiet des preuß. Staates fallen; daß vielmehr die Erhaltung und Fortbildung der bestehenden Freiheiten und Rechte eine der Bedingungen des Berufs Preußens zur Centralgewalt in Deutschland bildet; daß, wenn zum Zwecke der deutschen Einheit wegen der Existenz jener kleineren Staaten einzelne Zweige des preußischen Staatslebens ausscheiden und in eine andere Verfassung und Administration übergehen sollen; dies nur auf dem Wege des Bundesstaates geschehen darf, dessen constitutionelles Oberhaupt die Krone Preußens mit einem verantwortlichen Ministerium ist; daß dem Parlamente dieses Bundesstaates mindestens die Rechte der preuß. Volksvertretung zustehen müssen, wie dies das gegenwärtige Abgeordnetenhaus in einer Adresse an S. M. den König ausdrücklich gefordert hat und wie es in der jüngsten Thronrede im Principe anerkannt worden ist; in Erwägung, daß der aus den Berathungen des Reichstages hervorgegangene Entwurf der Verfassung des Norddeutschen Bundes diesen Anforderungen in folgenden Hauptpunkten nicht entspricht: 1) Der Entwurf stellt die Krone Preußen nicht als einheitliches Bundes=Oberhaupt für die im Art. 4 Nr. 1 bis 15 der Competenz des Bundes übertragenen Angelegenheiten an die Spitze, sondern als Vorsitzenden eines für Preußen im Zahlenverhältniß nachtheiligen Bundesrathes. Ein verantwortliches Ministerium ist durch den Verf. = Entwurf ausgeschlossen und die im Art. 17 ausgesprochene Verantwortlichkeit des Bundeskanzlers besteht nur dem Namen nicht der Sache nach. 2) Die Executive in den Militair=Angelegenheiten ist dem Könige zwar ohne wesentliche Concurrenz des Bundesrathes übertragen, jedoch als Bundesfeldherrn und bei dem Mangel eines verantwortlichen Ministeriums überhaupt in unbeschränkter Art und unter Ausdehnung auf die Befugniß zur Proclamirung des Kriegszustandes, welche nach Art. 111 der preuß. Verf. und dem Ges. v. 4. Juni 1851 nur von dem constitutionellen, verantwortlichen Staatsministerium geschehen darf. 3) Der Entwurf enthält im Abschnitt XII. zwar Bestimmungen über die Etatsfestsetzung, ähnlich der preuß. Verfassung, macht dieselben aber in Ansehung des wichtigsten, des Militäretats, durch die Art. 60 und 62 des Abschn. XI. völlig illusorisch und die Aufstellung des Militairetats zu einer materiellen Prüfung des Parlaments entzogenen Calculatur=Arbeit. 4) Die Festellung einer Friedenspräsenzstärke des Bundesheeres zu einem bestimmten Prozentsatz der Bevölkerung eignet sich überhaupt nicht zur Aufnahme in eine Verfassung. Sie entzieht in Verbindung mit der aufgelegten Zahlung von 225 Thlr. pro Kopf an die Bundeskasse dem Parlamente, die dem preuß. Abgeordnetenhause zustehenden Rechte der Mitwirkung bei Festsetzung des Militairetats. Diese Zahlung wäre selbst in der ursprünglich angenommenen Beschränkung auf 4 Jahre (bis Ende 1871) nicht gerechtfertigt gewesen, ist aber durch den bei der Schlußberathung auf Andringen der Bundesregierungen zu Art. 62, Al. 3—5 gemachten Zusatz der Bundesverwaltung materiell für immer sichergestellt, und nur in der Form ist ein scheinbarer, in der That wirkungsloser Einklang mit dem verfassungsmäßigen Budgetrecht erzielt. 5) Während die definitive Feststellung der Bundes=Organisation und der Bundesheeres=Gesetzgebung nicht in die Verfassung, sondern zur Beschlußfassung des ersten Reichstages des Bundes gehört haben würde, ist dennoch ohne gehörige Prüfung der seitherigen Streitpunkte die Dienstzeit im stehenden Heere auf 7 Jahre verlängert worden und dadurch eine Verpflichtung von höchster Wichtigkeit für die ganze Bevölkerung, im Widerspruch mit dem geltenden Gesetz, welches nur 5 jährige Dienstzeit im stehenden Heere kennt, sogar zu einer verfassungsmäßigen erhoben. 6) Wenngleich das allgemeine directe Wahlrecht dem preuß. Dreiklassen=Wahlsystem vorzuziehen ist, so führt doch die lediglich auf Andringen der Bundes=Regierungen beschlossene Streichung der Diäten indirect einen Census der Wählbarkeit herbei, welcher der preuß. Verfassung unbekannt ist und die Zusammensetzung wie die Wirksam= des Reichstages in einem hohen Grade beeinträchtigen wird. 7) Die Bundes=Verfassung verleihet den Angehörigen der Bundesstaaten keine Grundrechte, mit Ausnahme des sehr beschränkten „Indigenats". Sie läßt die Grund=Rechte der preuß. Verfassung bestehen, gefährdet sie aber im Einzelnen (Art. 7, 95 der preuß. Verfassung) und im Allgemeinen durch die Art und Weise, wie Verfassungsstreitigkeiten durch den Bundesrath und Reichstag geschlichtet und entschieden werden sollen (Art. 76; 77 der Bundesverfassung). Sie setzt dadurch auch andere verfassungsmäßige Rechte des preuß. Volkes in Gefahr; 8) die Bundesverfassung kennt weder den Verfassungseid des Königs, noch den der Beamten und Volksvertreter und entbehrt dadurch eines wesentlichen, in der preuß. Verfassung bestehenden Schutzes; in Erwägung, daß eine so mangelhafte, die Volksrechte beschränkende und gefährdende Bundes=Verfassung für eine weitere Ausbildung im Sinne freiheitlicher Entwickelung keine Aussicht gewährt, daß vielmehr das Nebeneinanderbestehen zweier Verfassungen und Volksvertretungen das verfassungsmäßige Leben in Preußen zu beeinträchtigen und den besonders im Gemeindewesen so nothwendigen Ausbau der preußischen Verfassung in weite Ferne zurückzudrängen droht; daß alle diese Opfer an Volksrechten die Einigung Deutschlands eher hindern als fördern; daß die einheitliche militairische Macht Deutschlands nach außen hin durch die abgeschlossenen Militair=Conventionen und Bündnisse für die nächste Zukunft gesichert ist; daß kein Hinderniß entgegensteht, um den jetzt mißlungenen Versuch der Gründung eines Bundesstaats von Neuem aufzunehmen; aus diesen Gründen erklärt das Haus der Abgeordneten, daß es dem vorgelegten Entwurf der Verfassung des norddeutschen Bundes seine Zustimmung nicht geben kann, und fordert die K. Staatsregierung auf, die anderweitige Regelung der deutschen Verfassungsangelegenheit im Sinne der oben aufgestellten Grundsätze alsbald in Angriff zu nehmen.

— Die Bundesverfassung wurde in der Sitzung des Abgeordnetenhauses mit 226 gegen 91 Stimmen angenommen.

Die Gewerbegesetzgebung.

Noch ehe die Verfassung des norddeutschen Bundes wirklich angenommen ist, treten schon die ernstesten Bedenken auf, wie weit die Gesetzgebung der einzelnen Lande sich überhaupt noch auf Materien einlassen soll, welche der Bundesgesetzgebung unterliegen. Für uns in Preußen drängt besonders die Frage wegen der Gewerbegesetzgebung. Auf uns in den alten Provinzen lastet noch immer die alte Gewerbeordnung, während in den neuen ein für unsere Verhältnisse beträchtliches Maß von Gewerbefreiheit einfach decretirt ist. Die Materialien für eine neue Gewerbegesetzgebung resp. die Einführung für ein neues Gewerbegesetz in den alten Provinzen liegen ja wohlgeordnet vor, und wenn die Regierung wollte, so könnte sie in der Zwischenzeit zwischen den beiden Abstimmungen über die Verfassung ein Gesetz über die Gewerbefreiheit mit Leichtigkeit durch das Abgeordnetenhaus und mit ernster Mahnung ohne Zweifel auch durch das Herrenhaus bringen. Dann wäre das Mißverhältniß von vornherein zwischen beiden Theilen der Monarchie und zwar zu großer Befriedigung der alten Provinzen, aufgehoben. Nun heißt es aber, ein solches Gesetz falle in die Kompetenz des Reichstages. Sollen wir denn aber im Laufe des Sommers noch einmal einen neuen Reichstag für materielle Gesetzgebung und dann im Oktober wieder einen neuen Landtag zur höchst nothwendigen Erledigung einer ausgleichenden Gesetzgebung für die alten und neuen Provinzen bei dem Eintritt der neuen in die preußische Verfassung, haben? Diese bloße Perspektive muß schon Jeden erschrecken, muß aber auch Jeden überzeugen, daß von einer guten und würdigen Erledigung der parlamentarischen Geschäfte in solchem Gedränge in der That nicht die Rede sein kann. Wenn wir aber im Herbst d. J. die Vertreter der neuen Provinzen in das preußische Abgeordnetenhaus eintreten, also die neuen Provinzen selbst unter die Verfassung kommen sehen, ohne daß vorher der Reichstag die neue Gewerbegesetzgebung geordnet hat, so würde uns doch nichts übrig bleiben, als damit im preußischen Landtage selbstständig vorzugehen. Denn ausgeglichen muß die Differenz zwischen den alten und neuen Provinzen werden! Offenbar kommen wir durch die doppelte Vertretung des preußischen Landtages und des deutschen Reichstages in ein politisches Chaos, aus dem der Ausweg schwer zu finden sein dürfte.

Zur Luxemburger Frage.

— Die „Nordd. Allg. Ztg." äußert sich über die, nach ihrer Auffassung günstigen Verhältnisse, unter denen nach einer telegraphischen Meldung heute Nachmittag in London die Konferenz über die Luxemburger Angelegenheiten eröffnet worden ist, wie folgt:

Frankreich hat seinen Wunsch, Luxemburg zu besitzen, aufgegeben, und Preußen hat auf sein von Europa anerkanntes Recht und die Friedensversicherungen Frankreichs vertrauend, keinerlei Anstalten treffen zu müssen geglaubt, dies Recht zu vertheidigen, sondern erklärt sich bereit, auf dasselbe zu verzichten wenn ihm diejenigen Kompensationen gewährt werden, welche der Absicht entsprechen, die durch das Besatzungsrecht bezweckt wurde.

Die Mächte haben sich ferner bereits darüber verständigt, daß eine Neutralisirung des Großherzogthums Luxemburg und die Garantie derselben ein geeignetes Mittel zur Ausgleichung der schwebenden Differenzen bilden würde. Wie diese Neutralisation praktisch zu gestalten, welche Verpflichtungen von den europäischen Mächten zu übernehmen sind, um ihre Aufrechterhaltung zu sichern, — dies festzustellen, wird eben die Aufgabe der Konferenz bilden. Von einer Prüfung des preußischen Besatzungsrechts kann freilich ebensowenig dabei die Rede sein, wie davon, daß dies Recht vor Feststellung derjenigen Sicherheiten aufgegeben werde, welches an seine Stelle zu treten bestimmt werden soll. Die Räumung der Festung Luxemburg wird vielmehr lediglich eine Konsequenz der Vereinbarungen sein,

welche wegen Garantie der Neutralisirung des Großherzogthums zutreffend sind.

Wenn aber in einzelnen Kreisen daraus ein Grund in weiteren Beunruhigungen geschöpft wird, daß Belgien und Italien zur Theilnahme an der Konferenz aufgefordert wurden, so bemerken wir, daß Belgien namentlich auf Anregung Englands als eine der Mächte, welche die Verträge von 1839 unterzeichnet haben, Italien in seiner Eigenschaft als sechste europäische Großmacht, die ihm in Folge seiner jetzigen territorialen Gestaltung und dadurch erhöhten politischen Bedeutung zukommt zu der Konferenz eingeladen wurde.

— London, den 8. Mai. In der gestrigen Sitzung der Conferenz zeigte sich unter den Großmächten keine wesentliche Meinungsverschiedenheit. Die weiteren Verhandlungen wurden bis Donnerstag vertagt, weil Belgien und Luxemburg ohne Instructionen waren.

— Das bevorstehende Telegramm aus London über den Verlauf der gestrigen Conferenzsitzung ist sehr knapp bemessen. Ob man sich über die Tagesordnung bereits geeinigt, darüber erfahren wir nichts. Die preußische Regierung wünschte nämlich, daß zuerst die Neutralisirungsfrage und die Garantien und dann erst die Besatzungsfrage discutirt werden soll. Die französische Regierung dagegen wünschte ein umgekehrtes Verfahren bei der Discussion. Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt heute über die Vorverhandlungen: „Die Mächte haben sich bereits darüber verständigt, daß eine Neutralisirung und die Garantie derselben ein geeignetes Mittel zur Ausgleichung der schwebenden Differenzen bilden würde. Wie diese Neutralisation praktisch zu gestalten, welche Verpflichtungen von den europäischen Mächten zu übernehmen sind, um ihre Aufrechthaltung zu sichern, — dies festzustellen wird eben die Aufgabe der Conferenz bilden. Von einer Prüfung des preußischen Besatzungsrechts kann freilich ebensowenig dabei die Rede sein, wie davon, daß dies Recht vor Feststellung derjenigen Sicherheiten aufgegeben werde, welches an seine Stelle zu treten bestimmt werden soll. Die Räummung der Festung Luxemburg wird vielmehr lediglich eine Consequenz der Vereinbarung sein, welche wegen Garantie der Neutralisirung des Großherzogthums zutreffend sind."

Die „Kreuz-Ztg." (die übrigens in letzter Zeit fast täglich in Paris confiscirt ist) constatirt wieder, daß die Rüstungen in Frankreich und namentlich die Pferdeankäufe und die Vorschiebungen der Truppen im nordöstlichen Frankreich fortdauern.

Die „Zeidl. Correspond." schreibt: Die Luxemburger Frage soll heute so stehen, daß entweder in einigen Tagen ein Resultat auf den Londoner Conferenzen oder aber nach Ablauf dieser Frist die Mobilmachung der preußischen Armee angeordnet wird."

— Ueber den Verlauf der ersten Sitzung wird gemeldet, daß sich anscheinend eine wesentliche Meinungsverschiedenheit unter den fünf Großmächten nicht herausgestellt habe. Die nächste Sitzung mußte, da Belgien und Luxemburg ohne Instruktionen waren, auf Donnerstag vertagt werden. Jedenfalls ist aus dieser Mittheilung zu entnehmen, daß die erste Sitzung nicht, wie von einigen Seiten angenommen wurde, lediglich von dem Austausch der Vollmachten in Anspruch genommen, sondern daß schon ins Materielle der Sache eingegangen worden ist. Die Angaben über den raschen oder langsamen Verlauf der Konferenz sind ihrer Natur nach unsicher und von Vermuthungen abhängig. Als solche erwähnten wir die Meinung der „Patrie", daß drei Sitzungen zur Lösung der Differenzen genügen würden, eine Ansicht, welche englische Blätter heute ebenfalls aussprechen, während der Pariser „Etendard" den Aussichten auf einen so raschen Fortgang der Konferenzverhandlungen nicht beistimmen zu können glaubt. Nach einer Wiener Mittheilung der „Karlsr. Ztg." würde der Konferenz übrigens nur die Aufgabe zufallen, das Einvernehmen der Mächte über die Art der Lösung prinzipiell zu konstatiren, das weitere würde alsdann separaten Verhandlungen überlassen bleiben. Man schreibt dem genannten Blatt darüber aus Wien: „Die drei großen neutralen Mächte sind dem Vernehmen nach darüber einig und sie haben dafür auch bereits die Zustimmung wenigstens des einen der streitenden Theile gewonnen, daß die Konferenz die Lösung der schwebenden Frage lediglich in großen Zügen zu vereinbaren habe, und daß Alles, was noch zu thun bleibt, wenn die Neutralisirung des Großherzogthums, so wie die Räumung und eventuell die Schleifung der Festung prinzipiell festgestellt worden, der weiteren Verhandlung von Kabinet zu Kabinet nach Maßgabe billiger Konvenienzen zu überlassen sei. Das würde vielleicht schon von dem Termin der Räumung beziehungsweise der Schleifung gelten, jedenfalls aber in Bezug auf die Bemessung irgend welcher aus der bisherigen Ordnung der Dinge abzuleitenden pekuniären Ansprüche." Jedenfalls bleibt ein rascher Verlauf der Konferenz schon aus dem Grunde sehr zu wünschen, weil alle Nachrichten darin übereinstimmen, daß trotz der kürzlich ertheilten Versicherung des „Moniteur" von der Sistirung der Rüstungen, eine solche im strengen Sinne des Wortes nicht stattgefunden hat. Wie weit die von den verschiedenen Seiten gemeldeten militärischen Maßregeln, welche in Frankreich in der Ausführung begriffen sind, gehen, ob dieselben lediglich, wie von französischer Seite behauptet wird, Konsequenzen früherer Anordnungen sind, läßt sich von hier aus schwerlich mit hinreichender Genauigkeit beurtheilen. Jedenfalls wird aber dadurch ein Zustand der Beunruhigung geschaffen und ein Gefühl der Unsicherheit genährt, welches man beseitigt hoffen durfte nnd welches bei längerer Fortdauer gar nicht verfehlen kann, eine Rückwirkung auf die Haltung der preußischen Regierung und deren Maßnahmen zu äußern.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Berlin. Unter dem Titel: Preußens Rechte bezüglich des Landes und der Festung Luxemburg von T. von Seydewitz, Stadtgerichts-Rath, ist so eben bei F. Schneider eine vortreffliche Schrift erschienen, welche das jetzt jedem Politiker nöthige Material aus den Verträgen seit 1814 zusammenstellt und nach dem Standpunkt das preußische Staatsrecht beurtheilt. Der Verfasser spricht sich dahin aus, daß Preußen eine ganze Reihe vertragsmäßig verbürgter Rechte zusteht, und daß es, wenn es diese opfern wollte, die Ruhe nur für den Augenblick erkaufen würde. Es handelt sich dabei um einen alten Streitgegenstand, den Frankreich seit Jahrhunderten verlangte, um eine Festung und ein Land, deren militärische Bedeutung in französischen Händen gegen Belgien und Holland wie gegen Deutschland nicht hoch genug angeschlagen werden kann. Es handelt sich um unzweifelhafte preußische und deutsche Rechte. Sind derartige Rechte gegen den dänischen Uebermuth, wie gegen die deutschen Fürsten mit Ehre und Erfolg von Preußen verfochten worden, so wird es auch vereint mit dem neu geeinigten Deutschland sich nicht zu scheuen haben, die für unsern Staat und Deutschland kaum mehr als für das übrige Europa nöthigen Rechte gegen jeden Widersacher zu wahren und zu schützen.

— Dem Ministerpräsidenten Grafen **Bismarck** brachte a. 7. d., als am ersten Jahrestage des Blind'schen Attentats, das Musikkorps des 2. Garde-Regiments zu Fuß eine Morgenmusik. Sehr viele Personen begrüßten Herrn v. Bismarck oder gaben ihre Karte ab. Der Vorstand der konservativen Fraktion des Abgeordnetenhauses brachte Namens der konservativen Partei ihren Glückwunsch dar.

— Die „Provinzial-Correspondenz" constatirt die Fortrüstungen in Frankreich und fügt hinzu, nur schleunige friedliche Entscheidung der Conferenz könne die Regierung der Nothwendigkeit überheben, Vorsichts-Maßregeln für Preußen und Deutschlands Sicherheit zu ergreifen.

— An die Südstaaten sind, wie man hört, von hier die ernstesten Mahnungen in Betreff ihrer militairischen Rüstungen ergangen. Eine dieser Depeschen soll der französischen Regierung in die Hände gefallen sein und von dieser als ein bedenkliches Kriegszeichen betrachtet werden. Immerhin war diese Depesche abgesandt, ehe ein Beschluß über die Conferenzen gefaßt war. Außerdem sollte man doch glauben, daß Frankreich sich darüber nach der Veröffentlichung der Verträge Preußens mit Süddeutschland nicht mehr täuschen könne, daß es im Falle eines Krieges mit Preußen das ganze nichtösterreichische Deutschland gegen sich finden werde, und eben so wenig darüber, daß Preußen seine Bundesgenossen für einen solchen Fall in eine Verfassnng bringen wird, in der sie eine früher nie versuchte Kraftentwickelung möglich machen können. Selbst wenn die Regierungen nur mit innerem Widerstreben in das neue Bündniß eingetreten sind, so werden die Armeen von Norddeutschland und Süddeutschland, wenn sie erst auf dem Schlachtfelde neben einander einem Feind gegenüberstehen, bald in einer solchen Waffenbrüderschaft vereint sein, daß alle kleinen Hofintriguen und vaterlandsverrätherische Diplomatie daran scheitern werden. Glücklicherweise macht sich diese Wahrheit den Franzosen von Tag zu Tag mehr bemerkbar, und wenn sie sich erst ganz von ihr durchdrungen haben, so werden wir darin eine bessere Garantie des Friedens, und zwar des dauernden Friedens besitzen, als alle Congresse und Conferenzen sie zu geben vermögen.

— Man schreibt der „K. H. Z." von hier: „Man spricht von einem möglichen Abkommen zwischen Preußen und Amerika für den Kriegsfall. Das Gerücht hat aber keinen sichern Boden, und die Monroe-Doctrin scheint entgegen zu stehen. Dagegen könnte Preußen an den Ankauf amerikanischer Schiffe gedacht haben, welchen wahrscheinlich auch mehrfache Besuche des Grafen Bismarck bei dem amerikanischen Gesandten zum Gegenstande gehabt haben.

Hamburg, den 6. Mai. Der „Börsenhalle" wird aus Berlin geschrieben: Es ist nicht außer Zusammenhang mit der Situation aufzufassen, daß Mitglieder der Czarenfamilie sich gegenwärtig nach Dänemark begeben; diese Reise wird mit Zwecken in Verbindung gebracht, welche sich auf eine der deutschen Sache günstige Stellung Rußlands und Dänemark beziehen sollen.

Weimar. Der von dem Landtag ernannte Ausschuß hat einstimmig beschlossen, die Annahme der Bundesverfassung im Ganzen zu empfehlen, und es steht wohl zu hoffen, daß auch der Landtag diesem Antrage einstimmig beitreten wird. Daneben ist von dem Abgeordneten Fries und Genossen ein Antrag eingebracht worden, wonach die Staatsregierung ersucht werden soll, zu geeigneter Zeit ihren Einfluß im Bundesrathe dahin geltend zu machen:

1) Daß in die Verfassung des norddeutschen Bundes eine Feststellung derjenigen Befugnisse aufgenommen werde, welche kein Bundesstaat in Bezug auf persönliche und staatsbürgerliche Rechte den Bundesangehörigen vorenthalten darf; und

2) daß, unter Beseitigung des Artikel 32 der Verfassung, folgende Bestimmung aufgenommen werde: „Die Mitglieder des Reichstages erhalten aus der Bundeskasse Reisekosten und Diäten nach Maßgabe des Gesetzes. Ein Verzicht auf die Reisekosten und Diäten ist unstatthaft."

Oesterreich.

Die innern Angelegenheiten sind in Wien wieder völlig in den Vordergrund getreten. Seit einigen Tagen befinden sich die ungarischen Minister in Wien und sind in fortwährenden Berathungen mit ihren deutschen Kollegen begriffen. Im Gegensatz zu ähnlichen Gelegenheiten hat über den Gegenstand ihrer Berathungen wenig verlautet. So viel ich erfahre, ist nicht das Kapital der materiellen Fragen in Angriff genommen worden, sondern die Berathungen drehen sich um die wichtige Frage, wie aus dem cisleithanischen und ungarischen Ministerium, aus dem Reichs- und dem ungarischen Landesministerium ein organischer Ministerrath geschaffen werden kann. Ferner, wie man auch das gleiche Recht der cisleithanischen Reichshälfte über den Vergleich mit Ungarn mitzusprechen in Ehren halten mag, so sieht man doch die ganze Angelegenheit als entschieden, durch die Macht der Thatsachen festgestellt und erledigt an. Vielmehr beschäftigt man sich mit der Einsetzung eines cisleithanischen Ministeriums, da namentlich Baron Beust die gegenwärtigen unvollkommenen Zustände wenig annehmbar findet. Die deutsche centralistische Partei, welche hierzu die hervorragendsten Kapazitäten besäße, läßt sich zur Uebernahme von Ministerien nicht herbei, doch scheint Baron Beust nicht völlig daran zu verzweifeln, endlich noch einige Mitglieder dieser Partei zu seinen Anschauungen zu bekehren. Es findet heute (den 5. d. Mts.) Abend in seinem Salon eine Berathung von Parteiführern der contralistischen Fraktion mit Graf Taaffe und den ungarischen Ministern statt, wobei man den Zweck im Auge hat, vielleicht doch centralistisch-parlamentarische Kapazitäten zum unmittelbaren Eintritt ins Kabinet zu bewegen. Namentlich macht sich der Mangel eines Kultusministers fühlbar, da Baron Beust dieses Portefeul neben dem Präsidium des Ministerrathes, den auswärtigen Angelegenheiten, der Staatspolizei unmöglich versehen kann. Ebenso wird die Stellung des Justizministers Hrn. v. Komers, welcher noch aus den Tagen der Sistirungspolitik herüberreicht, im Reichsrath eine unhaltbare sein, obwohl die Tüchtigkeit und Charakterfestigkeit dieses Beamten unleugbar ist. Endlich ist es auch wegen Ernennung eines Ackerbauministers still geworden. Die Ernennung der Präsidenten beider Häuser ist auch noch nicht erfolgt, obwohl für das Herrenhaus Fürst Carlos Auersperg und Graf Kuefstein sicher designirt sind. Für das Haus der Abgeordneten kann ich keinen Namen nennen; allerdings empfiehlt sich dafür Prof. Hasner, der frühere Präsident, durch anerkennenswerthe Leistungen. Die Autonomisten haben ebenfalls Lust, diesen, eine Etappe zur Ministerbank bildenden Stuhl, aus ihren Reihen zu besetzen. Diese Partei stimmt nun wohl prinzipiell mit dem Ministerium überein, da sie dessen dualistische Auffassung theilt und besitzt, wenn sie auch keine zahlreichen Stimmen zählt, doch Kapazitäten in ihren Reihen. Uebrigens hat sie sich dem Freiherrn v. Benst gegenüber viel zu passiv verhalten, um auf Beachtung von Seite der Regierung besonders Anspruch machen zu können.

Frankreich.

— Die „Liberté" fährt in gewohnter Weise fort zu hetzen. „Frankreichs Prestige" sei Preußen geopfert, das dürfte man nicht dulden. Preußen müsse Luxemburg räumen, dann werde „frei" abgestimmt rc." — Die Freimaurerloge in Marseille erläßt einen Aufruf an die deutschen Logen und fordert dieselben auf, in Gemeinschaft mit den französischen gegen den Krieg energisch zu protestiren.

— Jetzt da von allen Seiten Friedensnachrichten eintreffen, wird die Ausstellung doch noch zu ihrem Rechte kommen und ihre Aufgabe, dem Bedürfniß der Franzosen nach „Gloire" wieder auf eine Zeit lang Abhülfe zu verschaffen, erfüllen. Die Note des „Constitutionnel", welche den Besuch der meisten gekrönten Häupter Europas ankündigte, kam direkt aus dem Kabinet des Kaisers. Die Pariser kommen bei diesen Besuchen nicht schlechter fort, als wenn der seiner Zeit so sehnlich gewünschte europäische Fürsten-Kongreß zu Stande gekommen wäre, und so ist man in geschäftlichen Kreisen recht zufrieden damit, den Zweck wenigstens auf andere Weise erreicht zu haben. Was den Besuch des Königs von Preußen betrifft, so zeigt eine Depesche der „Agence Havas" an, daß König Wilhelm im Juni das Bad Ems besuchen und darauf nach Paris kommen würde, „wenn es die politische Situation erlaube." Diese letzte Wendung stimmt ganz mit dem hier umlaufenden Gerücht überein, daß man in Berlin noch immer nicht recht an die Erhaltung der Friedens glauben wolle. — Die evangelische Abtheilung auf dem Marsfelde erregt den Zorn der hiesigen Klerikalen; die Blätter dieser Partei finden es besonders nicht recht, daß Bibeln in allen Sprachen der Welt vertheilt würden. — Der Ausstellungspalast wird bekanntlich jeden Abend um 7 Uhr geschlossen, dagegen bleibt der Park bis Mitternacht geöffnet; gestern wogte draußen bis spät in die Nacht hinein eine ungeheure Menschenmenge, die Omnibus waren noch nach ein Uhr beschäftigt, um die Besucher der Ausstellung nach Paris zurückzuschaffen. — Die von Frankreich offen und heimlich betriebenen Rüstungen haben die Aufmerksamkeit des Berliner Kabinets in dem Grade auf sich gezogen, daß hier von Berlin aus um Zweck und Ausdehnung derselben höflichst angefragt worden ist. Augenblicklich liegen zwar der preußischen Regierung die beruhigendsten Erklärungen vor, auch ist der „Moniteur" jeden Augenblick in der Lage, eine neue Abrüstungsnotiz zu bringen; indessen der Mensch glaubt nun einmal nicht mehr an die bloßen Worte. Die Existenz zweier Parteien am hiesigen Hofe, deren eine,

die nunmehr vom Kriegsminister Marschall Niel geführte „Kriegspartei“, auf einen Krieg hindrängt, läßt sich nicht mehr bemänteln. Niel ist es auch, welcher gegen Rouher's Willen das Betreiben der Rüstungen durchzusetzen hat. Dazu kommt, daß die offiziellen Kreise unter der Hand in der Verbreitung des Glaubens, daß man weiter rüste, fortfahren. Jeder Korrespondent, der auf den französischen Ministerien seine Erkundigungen einzieht, kommt mit einer neuen, die kriegerische Thätigkeit der Regierung bekundenden Nachricht zurück. Die an und für sich geheimnißvollsten Mittheilungen werden geflissentlich fast auf die Straße geworfen. Man könnte nun vielleicht aus alledem auf das Gegentheil schließen und dahinter nur die Absicht erblicken, in Deutschland durch Erregung von Befürchtungen vor dem Ausbruch des Krieges eine nachgiebige Stimmung zu erzeugen; andernseits verfehlen diese Nachrichten aber nicht, bei einem großen Theile des hiesigen Publikums Glauben zu finden und dasselbe in Beunruhigung zu erhalten. So finden denn auch die widersprechendsten Gerüchte beim Publikum Glauben. Das Charakteristische der gegenwärtigen Stimmung in Paris ist das Schwankende und Unbeständige derselben, daß bald Alles, bald nichts geglaubt wird. Es ist ein harter Vorwurf, er ist gerecht, die Pariser wissen selbst nicht, was sie wollen. Eine Demüthigung Deutschlands und Preußens, wobei sie sich indessen nicht selbst anzustrengen und etwas aufs Spiel zu setzen brauchten, würde ihnen am besten munden.

Rußland.

Petersburg, den 8. Mai. Die Abreise des Kaisers nach Paris wird den 29. Mai erfolgen und in Berlin ein eintägiger Aufenthalt stattfinden. Auf der Rückreise, welche auf den 22. Juni festgestellt, wird sich der Kaiser wahrscheinlich in Warschau aufhalten.

— Eine „polnische Verschwörung“ in Galizien ist die jüngste russische Polizei-Entdeckung, als deren Urheber von der „Lemberger polnischen Zeitung“ der Militair-Gouverneur General Goremkyn in Kiew bezeichnet wird. Man behauptet, Galizien sei abermals der Heerd einer polnischen Verschwörung gegen Rußland, welche sich auch nach der Ukraine und nach Odessa verzweige. Der Zweck dieser Machination ist, die letzten Reste des Polenthums in der Ukraine auszurotten. Um dies zu erreichen, beschuldigt man die dortigen Polen, einer geheimen Verbindung in Galizien anzugehören, und läßt ohne Weiteres eine Masse Leute polnischer Nationalität verhaften. In Kiew allein sollen im Laufe des Monat März 187 Polen verhaftet worden sein! Bei einem jüdischen Kaufmann in Odessa will die russische Polizei die polnische Revolutionskasse entdeckt haben, während die Polen ihrerseits behaupten, die ganze „Kasse“ sei nur ein zwischen jenem Kaufmann und der Polizei abgekartetes Manöver. Auch in Russisch-Podolien und Volhynien ist die kirchliche und politische Verfolgung gegen die Polen an der Tagesordnung, weshalb wieder häufige Uebertritte flüchtiger Personen, ja ganzer Familien nach Ostgalizien vorkommen.

Provinzielles.

Graudenz. In dem während der letzten Tage unter dem Vorsitz des Hrn. Regierungs- und Schulraths Henske — als Königl. Kommissarius am hiesigen Lehrerinnen-Seminar — abgehaltenen Examen wurde von der Prüfungs-Kommission sämmtlichen acht (in der hiesigen Bildungsanstalt vorbereiteten, vier hiesigen, vier auswärtigen) Bewerberinnen die Befähigung zuerkannt, nicht nur im Privathause eine Gouvernanten-Stelle anzunehmen, sondern auch an einer höhern Töchterschule ein öffentliches Lehramt zu verwalten.

Insterburg. Vor einem Jahre beschloß der Magistrat nach dem Vorgange anderer Städte, die hiesige Bank-Commandite zu den Communalabgaben heranzuziehen auf Grund des § 4 der Städteordnung. Die Kgl. Bank verweigerte die Zahlung der veranlagten Communalabgaben und rief die Entscheidung des Ministers des Innern an. Diese ist jetzt erfolgt und lautet: „Die Kgl. Bank betreibt ihr Geschäft nur im öffentlichen Interesse des Handels und der Gewerbe, und der Erzielung eines Gewinnes ist auch nicht einmal nebenher als Ziel der Zweck der Bank anzusehen. Dieselbe betreibt daher kein stehendes Gewerbe, wie es § 4 der Städteordnung als Bedingung einer Besteuerung vorausgesetzt, und muß daher von jeglicher Heranziehung zu den städtischen Einkommensteuern freigelassen werden.“

Lokales.

— **Kommunales.** Die Stadtverordneten haben, wie wir seiner Zeit mittheilten, beschlossen, daß der Preis des Gases pro 1000 Kub. Fß. vom 1. Juli d. J. ab auf 2 Thlr. ermäßigt werde. Dieser Beschluß, welcher bei den Bewohnern allgemeine Zustimmung gefunden hat, wird gerechtfertigt durch die Revenüen der Gasanstalt, sowie durch den wirthschaftlichen Erfahrungssatz, daß der Verbrauch eines allgemeinen Konsumtions-Artikels bei einer Preisermäßigung, die Fortdauer gleicher Qualität vorausgesetzt, sich steigert und nicht nur den anfänglichen, durch die Preisermäßigung herbeigeführten Verlust deckt, sondern auch einen höheren Ertrag gewährt, als derselbe vor der Preisermäßigung war. Die Verwaltungsdeputation der Gasanstalt hat, wie wir vernehmen, dem obigen Beschlusse zugestimmt, nicht aber der Magistrat, welcher die von ihm proponirte Preisermäßigung auf 2 Thlr. 5 Sgr. vorläufig festgehalten wissen will. — Für den Beschluß der Stadtverordneten spricht aber noch ein Umstand, der nicht unbeachtet gelassen werden kann, nemlich die Konkurrenz, welche das Petroleum allen Beleuchtungs-Materialien schon macht und später in noch höherem Grade machen wird. Der Preis desselben ist bereits hierorts auf 6—5 Sgr. per Quart gesunken und dürfte noch mehr sinken, wenn die Steinölquellen des ganzen südlichen Theils der Lüneburger Haide, welcher auf der einen Seite von der schiffbaren Aller, auf der anderen von der Eisenbahn Hannover-Braunschweig begränzt wird, werden ausgebeutet und in den Handelsverkehr kommen werden. Aus diesen Distrikten, namentlich bei Wietze, Hornberstel und Steinförde, kann nach dem Urtheile eines amerikanischen Industriellen mit ganz geringen Kosten mehr Petroleum alljährlich gewonnen werden, als ganz Deutschland gebraucht. Unsere Staatsregierung hat bereits ein Interesse für die Ausbeutung gedachter Quellen genommen. — Diese Thatsache macht es an äthig den Preis des Gases bei Zeiten so zu stellen, daß der Konkurrenz des Petroleums vorgebeugt wird. Ist der Preis des Gases ein angemessener, ein relativ billiger, so werden die Konsumenten der hiesigen Gasanstalt sicher vom Verbrauch des Gases nicht abgehen, da die Benutzung dieses sich bequemer macht als die des Petroleums, für welches Lampen angeschafft werden müssen.

— **Musikalisches.** Die Soiree, welche am Mittwoch d. 8. d. die Opernsängerin Frln. Gned und der Opernsänger Herr Erber im Saale des Artu hofes veranstaltet hatten, gehört zu den besten musikalischen Abendunterhaltungen, welche seit v. Herbst den hiesigen Musikfreunden geboten wurden. Frln. G. ist hierorts von früherhin als eine geschulte Sängerin mit frischen und guten Stimmitteln bekannt. Sie ist in ihrer Ausbildung, wie dies heute namentlich die sehr beifällig aufgenommenen Piecen, das Lied aus den „Barbier von Sevilla“ „Frag ich mein beklommen Herz“ und der mit italienischem Text vorgetragene Walzer „Il Bacio“ von Arditi erwiesen, nicht stehen geblieben. Einen gleichen Beifall erwarb sich Herr Erber, ein routinirter und ansprechender Tenor, welcher mehrere Lieder vortrug. Kurz, die Leistungen der Genannten waren der Art, wie man sie von Künstlern beanspruchen kann. Der Saal war nicht vollständig gefüllt, — allein die Konkurrenz mit den Nachtigallen an einen nicht unfreundlichen Maiabend ist auch sehr schwer.

— **Eisenbahn-Angelegenheiten.** Der „St.-A.“ publicirt das Privilegium zur Ausgabe von 4 Mill. Thlr. Ostpreußischer Südbahn-Prioritäten. Dieselben tragen 5 Prozent Zinsen und werden von dem Ablauf des ersten Betriebsjahres ab mit 20,000 Thlr. jährlich und dem durch die frühere Amortisation ersparten Zinsen getilgt. Zur Sicherung der Verzinsung und Tilgung der Schuld wird festgesetzt: a) die vorgeschriebene Verzinsung und Tilgung der Obligationen geht der Zahlung von Zinsen und Dividenden an die Stamm-Prioritäts- und Stamm-Aktionäre der Gesellschaft vor; b) bis zur Tilgung der Obligationen oder bis zur gerichtlichen Deposition der Einlösungsgelder darf die Gesellschaft keine zur Eisenbahn und zu den Bahnhöfen erforderlichen Grundstücke veräußern; dieses bezieht sich jedoch nicht auf die außerhalb der Bahn und der Bahnhöfe befindlichen Grundstücke, auch nicht auf solche innerhalb der Bahnhöfe etwa an den Staat oder an Gemeinden zu postalischen, polizeilichen oder steuerlichen Einrichtungen oder zu Packhöfen und Waarenniederlagen abgetreten werden möchten.

— p. **Turnverein.** Unser Turnverein, der allerdings eine große, allen Ständen und Altersstufen angehörende Mitgliederzahl umfaßt, zählt einen verschwindend kleinen Bruchtheil wirklich aktiver Turner. Es ist dies um so betrübender, als junge Kaufleute das überwiegende Element im Verein bilden, und man annehmen sollte, daß grade sie, bei der ausschließlichen Thätigkeit des Geistes das größte Bedürfniß hätten, den Körper am Abend durch Leibesbewegung zu erfrischen; denn für die, welche den ganzen Tag am Pult sitzen, sind die Uebungen am Pferd, Reck und Barren keine Anstrengung, sondern eine Erholung. — Nicht wie früher ist der Turner verpönt, denn der grundlose Verdacht, welcher der Turnsache so vielen Schaden brachte, daß nämlich die Turner sich mit phantastischen Träumen über die Erreichung der deutschen Einigkeit und andere politische Ideen trügen, ist ja lange und hoffentlich für immer zerstreut und brauchen sie nicht gleich den Vätern ihre Geräthe heimlich auf einer versteckten Waldblöße aufzuschlagen. Der Zweck und Nutzen des Turnens sind längst vom Staate anerkannt; beim Militair und in der Schule bildet das Turnen einen wesentlichen Theil des Unterrichtes.

In den trübsten Zeiten der Reaction, als man unter jeder grauen Jacke einen Hochverräther suchte, hat sich das Turnen trotz aller Verfolgungen erhalten, und schöpfte aus jeder vermeinlichen Niederlage neue Kraft und Ausdauer, und jetzt, wo Staats- und Provinzial-Kasse unsre Sache fördern, wo in jeder Stadt geräumige Plätze, Hallen und Säle zum Turnen einladen, wo Feste und Fahrten uns zu erhebendem und vergnügtem Beisammensein vereinigen, in dieser kriegerischen Zeit, wo es die Pflicht eines Jeden ist, möglichst kräftig und wehrhaft zu sein und seinen Körper auszubilden, sollte da unser Verein Rückschritte machen? Verlaßt nach eurer Arbeit die Stadt, zieht hinaus auf unsern Turnplatz, stählt eure Muskeln, stärkt euren Arm, gewöhnt euch an Ordnung und Gehorsam, ihr werdet euch besser dabei befinden, und der Kopf wird am nächsten Morgen frischer an die Arbeit gehen, als bei denjenigen, welche ihre freie Zeit hinter dem allabendlichen Bierkruge in nutzlosem Geschwätz verbringen.

— b. **Im Lissomitzer Walde** hatte gestern d. 8. d. ein Brand statt, welcher eine nicht unbeträchtliche Strecke verwüstete, obschon das feuchte Unterholz und die feuchten Fichtennadeln die Ausbreitung des Feuers nicht begünstigten. Zur Hilfeleistung auf der Brandstelle hatte auf Ersuchen die K. Kommandantur bereitwilligst Artillerie mit Schanzzeug geschickt. Auf eine Meldung, daß der Stadtwald gefährdet sei, begab sich Herr Stadtrath Hoppe sofort an die betreffende Waldstelle, um erforderlichenfalls Anordnungen zu treffen. Die Meldung erwies sich jedoch als irrthümlich, da der Wind eine entgegengesetzte Richtung hatte.

Agio des Russisch-Polnischen Geldes. Polnisch-Papier 26 pCt. Russisch-Papier 26½ pCt. Klein-Courant 20—25 pCt. Groß-Courant 11—12 pCt. Alte Silberrubel 10—13 pCt. Neue Silberrubel 6 pCt. Alte Kopeken 13—15 pCt. Neue Kopeken 125 pCt.

Amtliche Tages-Notizen.

Den 9. Mai. Temp. Wärme 5 Grad. Luftdruck 28 Zoll 2 Strich. Wasserstand 7 Fuß 11 Zoll.

Briefkasten.

Eingesandt. Neben der dankenswerthen Ausrottung des Gestrüpps im kleinen Glacis-Abhang am botanischen Garten, wo viel zigeunerhaftes lichtscheues Volk bei Mutter Grün zu logieren pflegte, scheinen zwei andere Maßnahmen weniger vortheilhaft: Die Lichtung der schönen Pappelallee vom Bromberger Thor bis zum Turnplatz und die unweit des sogenannten Pilzes vorgenommene Zuschüttung des Rosenquelles, durch die der ganze Weg bis in die Anlagen hinein überschwemmt ist. Hoffentlich wird letzterem Uebelstande bald wieder abgeholfen, da anderenfalls die Chaussee selbst leiden dürfte.

X. Y. Z.

Eingesandt.

Bescheidene Anfrage.

Wie kömmt es, daß zur Zeit das Brod bei den hiesigen Bäckern schwerer wiegt, als das der hiesigen Brod-Fabrik; bezieht besagte Fabrik etwa das Getreide aus theuerer Quelle? oder ist der in der jetzigen Zeit größere Absatz daran Schuld? Um gütige Auskunft wird gebeten.

Mehrere Consumenten, die sich zu Zeiten von dem Gewicht des Brodes Ueberzeugnng verschaffen,

Inserate.

Sonnabend, den 11. Mai
erstes



in Schlesinger's Garten.

Anfang des Concerts 6½ Uhr.
Wozu ergebenst einladet

A. Krämer,
Kapellmeister.

Zur Belohnung treuer Dienstboten

werden Sonntag, den 12. Mai, Nachmittags 4 Uhr im Sitzungszimmer des Magistrats die festgesetzten Gaben an eilf Empfängerinnen ausgetheilt werden. Es würde uns erfreulich sein, wenn recht viele Hausfrauen diese Handlung mit ihrer Gegenwart beehrten.

Der Frauenverein.

Heute früh wurde meine liebe Frau, **Gabriele** geb. **Nax**, von einem Töchterchen glücklich entbunden.

Stuhm, den 8. Mai 1867.

Wisselinck,
Kreisrichter.



Von heute ab täglich **ächt Grätzer Bier**, wie auch **Königsberger-Bairisch** in Flaschen zu haben bei

Wischnewski,
Restaurateur.

Spargel ist stets zu haben; Alt-Culmer Vorstadt Nr. 158 bei Zimmermeister

Rudolph Engelhardt.

Feinen Zucker

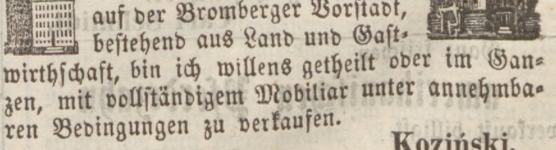
und **wohlschmeckende Kaffees** empfiehlt billigst

Herrmann Cohn.

Ein unverheiratheter Wirthschafts-Inspektor der, mehrere Jahre selbstständig gewirthschaftet hat, der deutschen und polnischen Sprache mächtig, und gute Zeugnisse darüber besitzt, wünscht eine Stelle als Ober-Inspektor. Adressen beliebe man gefl. unter Chiffre **H. L. post-restanto Thorn** zu senden.

Sonnabend, den 11. Mai eröffne ich meinen Garten, wozu ich ergebenst einlade.

J. Schlesinger.



Meine beiden Grundstücke auf der Bromberger Vorstadt, bestehend aus Land und Gastwirthschaft, bin ich willens getheilt oder im Ganzen, mit vollständigem Mobiliar unter annehmbaren Bedingungen zu verkaufen.

Koziński.

Zu verkaufen Baderstraße Nr. 59 2 Treppen hoch, 1 Kleiderspind, 1 Ottomane, 1 Bettstell, 1 Wiege, 1 Kinderstuhl, 2 Fenstertritte, so wie mehrere Küchengeräthe.

Ein zweiter Wirthschafter findet vom 1. Juni cr. Stellung in Dominium Gostkowo.

Preußische Renten-Versicherungs-Anstalt.

Nachdem am 23. März cr. die vorgeschriebene Revision des Abschlusses und der Geld- und Dokumenten-Bestände der Anstalt stattgefunden, bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß beim Jahresschlusse 1866 das mit pupillarischer Sicherheit verwaltete Vermögen der Anstalt

10,688,945 Thlr. 28 Sgr. — Pf.

mithin 214,253 Thlr. 18 Sgr. 9 Pf. mehr als beim Jahresschlusse 1865 betragen hat. Die näheren Details ergiebt der so eben erschienene 28. Rechenschaftsbericht für das Jahr 1866, welcher bei den Haupt- und Spezial-Agenten und bei der Haupt-Kasse in Berlin, Mohrenstraße Nr. 59, zu haben ist.

Die vom 2. Januar 1868 ab zahlbaren Renten einer vollständigen Einlage von 100 Thlr. für das Jahr 1867 betragen:

bei der Jahres-Gesellschaft	in der Klasse I.			II.			III.			IV.			V.			VI.		
	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.	Pf.
1839	4	13	6	5	5	6	6	—	6	7	26	—	17	24	6	68	10	6
1840	4	9	6	5	1	6	5	21	6	7	3	—	14	17	6	47	17	6
1841	4	9	6	4	29	6	5	15	—	6	23	—	12	27	6	79	20	6
1842	4	9	6	5	1	—	5	16	—	6	26	—	11	17	—	103	20	—
1843	4	11	—	4	28	6	5	17	6	7	12	6	12	1	6	52	23	—
1844	4	16	—	5	1	6	5	21	—	6	28	6	22	22	6			
1845	4	5	6	4	19	—	5	—	6	6	22	6	10	3	—			
1846	4	—	—	4	14	6	5	8	—	6	1	6	10	23	—			
1847	4	3	—	4	21	6	5	7	—	6	5	6	8	1	6			
1848	4	3	—	4	15	6	5	7	6	6	4	—	22	25	—			
1849	4	2	—	4	28	—	4	27	6	6	21	—	9	11	—			
1850	4	2	—	4	17	6	4	24	6	5	22	—	9	29	6			
1851	4	—	6	4	21	6	4	28	—	5	20	—	7	19	—			
1852	4	1	—	4	15	—	5	8	6	7	3	—	8	2	—			
1853	4	3	—	4	14	—	4	24	—	5	20	—	8	6	6			
1854	4	2	6	4	13	6	5	—	6	5	7	—	6	5	—			
1855	4	3	6	4	17	6	4	21	6	5	10	—	6	18	—			
1856	4	1	6	4	9	6	4	19	6	5	18	—	6	5	—			
1857	4	1	—	4	19	—	4	26	6	5	8	—	5	27	6			
1858	4	1	6	4	7	6	4	21	6	5	6	6	7	—	—			
1859	4	1	—	4	11	—	4	25	6	6	10	—	6	20	—			
1860	3	26	—	4	7	—	5	5	—	5	6	—	5	12	6			
1861	3	23	—	4	3	—	4	14	6	4	24	6	5	20	—			
1862	3	21	—	4	1	—	4	13	—	4	25	—	5	12	—			
1863	3	23	—	4	1	—	4	11	6	4	21	—	5	18	6			
1864	3	22	—	4	2	6	4	13	6	4	26	—	5	12	—			
1865	3	20	—	3	28	6	4	10	—	4	20	6	5	11	6			
1866	3	—	—	3	10	—	3	20	—	4	—	—	4	10	—			

Berlin, den 1. Mai 1867.

Direktion der Preußischen Renten-Versicherungs-Anstalt.

Die Statuten, so wie die ausführlichen Prospecte können bei mir unentgeldlich in Empfang genommen werden. Jede weitere wünschenswerthe Auskunft zu ertheilen, so wie Meldungen zum Beitritt und Einzahlungen in Empfang zu nehmen, bin ich jederzeit bereit.

Thorn, den 8. Mai 1867.

Ernst Lambeck,
Haupt-Agent.

Eine anständige Dame sucht zur Wirthschaft
G. Willimtzig.

In meiner Collecte sind noch zu haben Loose zur Hannoverschen Lotterie.
Ziehung der 1. Classe am 13. Mai.
C. W. Klapp.

Kartoffeln

bester Qualität offerirt für den Preis von 25 Sgr. pro Scheffel.
C. B. Dietrich.



10,000 Thaler

sind, auch in kleineren Posten, zur ersten Stelle auf ländliche Grundstücke im Thorner Kreise zu Johanni d. J. zu vergeben durch
L. Simonsohn, in Thorn.

Maitrank

von Gebirgskräutern täglich frisch bei
Carl Schmidt.

Ganz frischen

amerikanischen Pferdezahn

verkauft billigst.
C. B. Dietrich.

Sämereien

Alle Sorten Klee-, Gras- und Garten-Sämereien in schöner keimfähiger Waare empfiehlt billigst
C. B. Dietrich.

Am **13. Mai d. J.** Gewinnziehung
1. Kl. K. Pr. Hannov. Lotterie.
Original-Loose zum Planpreise:
1/1 à 4 Thlr. 10 Sgr., 1/2 à 2 Thlr. 5 Sgr., 1/4 à 1 Thlr. 2 1/2 Sgr.,
sowie zur Haupt- und Schluß-Ziehung letzter Klasse Kgl. Preuß. Osnabrücker Lotterie, Ziehung vom 20. Mai bis 1. Juni d. J., 1/1 à 16 Thlr. 7 1/2 Sgr., 1/2 à 8 Thlr. 4 Sgr., empfiehlt die Königliche Haupt-Collection von
A. Molling in Hannover.

Amtliche Listen und Gewinngelder sende sofort nach Entscheidung.

Feuersichere Dachpappen

bester Qualität billigst bei
M. Schirmer.

Einem geehrten Publikum die ergebene Anzeige, daß ich mich hierselbst als **Drechslermeister** etablirt habe, und alle in mein Fach schlagende Arbeiten sauber und billig liefern werde.
W. Schneider,
Drechslermeister.
Culmerstraße 332.

---

1 Zimmer mit Kabinet in der Bel-Etage, nebst Burschengelaß und Pferdestall, ist vom 20. d. Mts. zu vermiethen.
J. Liebig.
Neust. Markt 146.

„Gottes Segen bei Cohn!"
Grosse Capitalien Verloosungen
von über 4 Millionen 800,000 Mark.
Beginn der Ziehung am **13. 14. 15. d. Mts.**
Die Königl. Preuss. Regierung gestattet jetzt das Spiel der **Hannov.** und **Frankf. Lotterie.**

Nur 2 Thaler

kostet ein **halbes Staats-Original-Loos** und **4 Thlr.** ein **Ganzes** (keine Promesse) aus meinem Debit und werden solche auf **frankirte** Bestellung gegen Einsendung des **Betrages,** oder **gegen Postvorschuss** selbst nach den **entferntesten** Gegenden von mir versandt.

Es werden **nur** Gewinne gezogen.

Die **Haupt**-Gewinne betragen Mark **250,000 - 225,000 - 150,000 - 125,000** 2 à **100,000,** 2 à **50,000, 30,000,** 2 à **25,000,** 3 à **20,000,** 4 à **15,000,** 2 à **12,500,** 2 à **12,000,** 4 à **10,000,** 2 à **8000, 7500,** 3 à **6000,** 8 à **5000,** 4 à **4000,** 7 à 3750, 10 à **3000,** 95 à 2500, 60 à **2000,** 6 à **1500,** 5 à **1250,** 4 à 1200, 221 à **1000,** 5 à **750,** 226 à **500,** 6 à **300,** 235 à **250,** 105 à **200,** 10,600 à **117,** 8423 à **100** Mark u. s. w.

Gewinngelder und **amtliche Ziehungslisten** sende **sofort** nach Entscheidung.

Meinen Interessenten habe **allein** in **Deutschland** bereits **22 Mal das grosse Loos** ausgezahlt.

Laz. Sams. Cohn
in Hamburg,
Bank- und Wechselgeschäft.

Dr. Pattison's **Gichtwatte** lindert sofort und heilt schnell

Gicht, Rheumatismen

aller Art, als Gesichts-, Brust-, Hals- und Zahnschmerzen, Kopf-, Hand- und Kniegicht, Magen- und Unterleibsschmerz ꝛc. ꝛc. In Paketen zu 8 Sgr. und zu 5 Sgr.
Zu haben in Thorn bei **C. W. Klapp.**

Briefbogen mit der Ansicht von Thorn, neue Aufnahme, zu haben bei **Ernst Lambeck.**

Tischler-Handwerkszeug für 2 Hobelbänke und Nutzholz verkauft Wittwe **Witt** in Gurske.

Ein Flügel, in gutem Zustande, ist zu vermiethen oder zu verkaufen Schülerstr. 406, 2 Tr.

Bratheeringe und geräucherten Lachs empfing **A. Mazurkiewicz.**

Im Verlage von **Ernst Lambeck** in Thorn erschien soeben und ist in allen Buchhandlungen zu haben:

Die Ansprüche der Polen auf Westpreußen.
Beleuchtet von **Dr. Stadie.**
Preis 6 Sgr.

Das Schriftchen ist durch den Protest der Polen im Norddeutschen Parlamente hervorgerufen und weist in schlagender Weise die Nichtigkeit dieses Protestes nach.

Eine möblirte Stube nebst Schlafkabinet ist Altstadt Nr. 174 1 Treppe hoch zu vermiethen.

In meinem Hause Altstadt 255 ist eine kleine Familienwohnung bestehend aus 2 Zimmern und Küche vom 1. Juli ab zu vermiethen.
Ernst Lambeck.

Es predigen:

In der evangelisch-lutherischen Kirche

Freitag, den 10. Mai Abends 7 Uhr Gottesdienst Herr Pastor Rehm.

Verantwortlicher Redakteur **Ernst Lambeck.** — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei von **Ernst Lambeck.**